

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr am Mittwoch, 19.08.2009, 16:30 Uhr, im Rathaus II (Langendamm), Sitzungssaal.

Anwesend:

Ausschussvorsitzender:	Georg Ralle
stellv. Ausschussvorsitzender:	Raimund Recksiedler
Ausschussmitglieder:	Ludwig Bunjes Walter Heidenreich Christoph Hinz Ingo Langer Steffen Schwärmer Elke Vollmer
stellv. Ausschussmitglieder:	Reinhard Berndt Kurt Klose Alfred Müller -zeitweise anwesend-
Ratsmitglieder:	Karl-Heinz Funke -zeitweise anwesend- Erich Hillebrand
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
von der Verwaltung:	Matthias Blanke Klaus Engler Dipl.-Ing. Olaf Freitag Jörg Kreikenbohm
Gäste:	Gerold Köster Lohmüller, Herr (GPS) -zu TOP 4.1 ö.T.- Sander, Frau (GPS) -zu TOP 4.1.ö.T.-

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Anträge an den Rat der Stadt
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister
- 3.1 Straßenbeleuchtung in Dangast -Antrag auf Verlängerung der Leuchtzeiten
- 4 Zur Kenntnisnahme
- 4.1 Vortrag der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH Wilhelmshaven hinsichtlich Zusammenarbeit und Kooperation mit der Stadt Varel
- 4.2 Antrag der Anlieger der von-Tungeln-Straße bezüglich des dortigen Baumbestandes - Ergebnis eines Gespräches mit den Anliegern
- 4.3 Moorstraßen im Bereich Neudorf auf Erhalt der bituminösen Oberfläche - Antrag der Anlieger

- 4.4 Waldstück Dwokuhlenweg/Dreschenweg/Georg-Ruseler-Straße
- 4.5 Streekmoorweg -Antrag der Anlieger auf verkehrsberuhigende Maßnahmen
- 4.6 Saphuser Straße
- 4.7 Antrag der Anwohner Blumenstraße - Erneuerung des Gehweges -
- 4.8 Wolfstapper Weg

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Frau Redeker weist darauf hin, dass die Stadt Varel einen Grundsteuersatz von 390% erhebt. Dafür können die Bürger erwarten, dass die Beleuchtung durchgehend brennt. Sie fragt in diesem Zusammenhang warum bei allem Sparwillen der Stadt Varel ein neuer Stadtrat eingestellt werden soll. Der Bürgermeister antwortet hierzu, dass es sich dabei um eine Ratsentscheidung handelt, die er umzusetzen hat. Zudem ist die Einstellung eines ersten Stadtrates aufgrund der Aufgabenfülle notwendig.

Herr Rütten fragt, warum am Vareler Bahnhof auf eine Länge von etwa 300 m 40 Lampen aufgestellt wurden. Bürgermeister Wagner antwortet hierzu, dass die Aufstellung nach dem damaligen Planungs- und Beleuchtungskonzept vorgesehen war.

Ein Bürger fragt an, warum in der Stadt Varel keine LED-Leuchten eingesetzt werden. Hierzu antwortet Bürgermeister Wagner, dass für einen Austausch sämtlicher Beleuchtungskörper keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die Stadt Varel wird jedoch in der Zukunft punktuell LED-Leuchten testen und die Erfahrungen auswerten. Der Bürger fragt weiterhin an, warum nicht auf dem Kasernengelände eine Solaranlage errichtet wird. Bürgermeister Wagner gibt hierzu Auskunft, dass das Kasernengelände nicht im Eigentum der Stadt Varel steht und sie insofern nicht darüber verfügen kann.

Eine Bürgerin fragt an, ob in Varel eine Zwei-Klassen-Gesellschaft hinsichtlich der Beleuchtung etabliert werden soll. Bürgermeister Wagner antwortet hierzu, dass über den Antrag der Dangaster Bürger noch nicht entschieden wurden ist. Insofern kann er hierzu keine Auskunft geben. Des Weiteren weist die Bürgerin darauf hin, dass in der Nacht des Hafenfestes die Beleuchtung bis zwei in diesem Bereich gebrannt haben soll. Dies ist Bürgermeister Wagner nicht bekannt und es scheint technisch auch nicht möglich zu sein. Er kann sich nur vorstellen, dass es sich hierbei um private Beleuchtungsmaßnahmen gehandelt hat.

Einige Vareler Bürger äußern im Rahmen der Einwohnerfragestunde ihren Unmut über die Abschaltung der Beleuchtung in Varel.

2 Anträge an den Rat der Stadt

3 Stellungnahmen für den Bürgermeister

3.1 Straßenbeleuchtung in Dangast -Antrag auf Verlängerung der Leuchtzeiten

Mit Schreiben vom 31.7.2009 beantragen Dangaster Bürger verlängerte Beleuchtungszeiten im Ortsteil Dangast. (bis Ende Oktober für jeweils 2 Stunden). Die Kosten in Höhe von ca. 150 €/Monat als Pauschale würden übernommen werden.

Frau Peters als Antragstellerin begründet den Antrag mit dem Wunsch von Ferienwohnungsinhabern, deren Gäste auch nach 24 Uhr noch mit Beleuchtung ihre Ferienwohnungen aufsuchen sollten.

Verwaltungsseitig wurden die Kosten mit 150 €/Monat (Umstellungskosten plus Stromverbrauch) ermittelt. Es ist anzumerken, dass der Ortsteil Dangast im Gegensatz zum anderen Stadtgebiet abgegrenzt separat geschaltet werden kann. Insofern ist hier nur mit geringen Umstellungskosten zu rechnen. Verwaltungsseitig wird auf weitere Schreiben bzgl. der Lichtausschaltung hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass zwischenzeitlich Anträge auf verlängerte Beleuchtungszeiten auch von der Deutschen Bahn AG, dem Schaustellerverein und eine Vareler Bürgerin gestellt wurden (siehe Anlage).

Ratsherr Langer weist darauf hin, dass die Stadt Varel einem Sparzwang unterliegt. Insofern hält er die Abschaltung der Beleuchtung für notwendig. Es darf jedoch keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in Varel geben, so dass der dem Antrag der Dangaster Bürger nicht zustimmen kann.

Ratsherr Klose unterstützt diese Ansicht.

Seiner Meinung nach zeigen die ländlichen Ortsteile, in denen keine Beleuchtung vorhanden ist, dass die Vareler Bürger auch ohne durchgehende Beleuchtung auskommen können.

Ratsherr Schwärmer spricht sich grds. dafür aus, die Beleuchtung in Varel wieder durchgehend anzuschalten. Dem Antrag der Dangaster Bürger sollte stattgegeben werden, da diese für die Beleuchtung zahlen wollen.

Ratsherr Müller erläutert, dass die SPD-Fraktion einer Beschlussfassung über den Antrag im Umlaufverfahren nicht zugestimmt hat, da seiner Meinung nach, eine solche Diskussion öffentlich geführt werden muss. Dies wäre bei einem Umlaufverfahren nicht gegeben gewesen.

Grundsätzlich spricht er sich im Namen der SPD-Fraktion aus Gründen der Sicherheit für eine durchgehende Beleuchtung in Varel aus. Zur Vermeidung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft muss der Antrag der Dangaster Bürger jedoch abgelehnt werden.

Diese Aussagen werden von Ratsherrn Hillebrand unterstützt.

Ratsherr Funke spricht sich ebenfalls dafür aus, die Beleuchtung in Varel wieder durchgehend anzuschalten. Die Argumentation, dass in ländlichen Ortsteilen keine

Beleuchtung vorhanden ist kann er nicht nachvollziehen, da die ländlichen Ortsteile nicht mit dem Stadtgebiet vergleichbar sind.

Ratsherr Hinz wird sich hinsichtlich des Antrages der Stimme enthalten, da er zwar aus den vor genannten Gründen nicht zustimmen kann, die Form eines konstruktiven Protestes jedoch würdigen möchte.

Die Ausschussmitglieder diskutieren kontrovers, ob die Einstellung eines ersten Stadtrates erfolgen kann, wenn gleichzeitig die Beleuchtung in der Stadt Varel abgeschaltet wird.

Beschluss:

Dem Antrag auf verlängerte Beleuchtungszeiten im Ortsteil Dangast wird entsprochen. Die Kosten sind von den Antragsstellern zu übernehmen.

**Ja: 1 Nein: 8 Enthaltungen: 1
damit mehrheitlicher Beschluss dagegen**

4 Zur Kenntnisnahme

4.1 Vortrag der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH Wilhelmshaven hinsichtlich Zusammenarbeit und Kooperation mit der Stadt Varel

Frau Sander von der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH stellt die Gesellschaft allgemein, sowie die GPS-Werkstatt Jeringhave insbesondere, kurz vor.

In der GPS- Werkstatt Jeringhave arbeiten zur Zeit 180 Personen in verschiedenen Bereichen. Hierbei sind Personen mit verschiedenen Behinderungsgraden und -formen beschäftigt.

Seitens der Gemeinnützigen Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH ist angestrebt, die Präsenz ihrer Beschäftigten in den Ortszentren zu verstärken. Hierzu könnte sich Frau Sander vorstellen, dass die Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH in Zusammenarbeit mit der Stadt einige Arbeiten erledigt. Sie hält es für sehr sinnvoll, dass ihre Beschäftigten ihr Können in der Öffentlichkeit darstellen können. Für sie wäre es durchaus denkbar, dass im Bereich Gartenpflege eine Zusammenarbeit mit der Stadt Varel möglich ist. Die GPS hat zum heutigen Zeitpunkt schon eine Beschäftigtengruppe, die sich mit Gartenpflege unter Anleitung eines Gartenbaumeisters beschäftigt. Sie konnten schon einige private Kunden gewinnen und haben diverse Aufträge. Diese Gruppe verfügt über die entsprechenden Arbeitsgeräte und das entsprechende Können.

Nach den Vorstellungen von Frau Sander wäre es günstig, wenn diese Gruppe eine Außenstelle bzw. ein Büro im Bereich des Bauhofes oder des Gartenamtes einrichten könnte, um von dort aus Arbeiten im Stadtgebiet zu erledigen bzw. auch Arbeiten für die Stadt Varel erledigen zu können. Hierdurch würde die Präsentation ihrer Beschäftigten in der Öffentlichkeit sehr gestärkt werden. Zudem wirkt es sich positiv auf das Selbstwertgefühl der Beschäftigten aus.

Frau Sander führt als positives Beispiel für eine solche Kooperation die Arbeit bei der Firma Bahlsen an. Beschäftigte der GPS haben im Rahmen einer Experimental-Woche Verpackungsarbeiten bei der Firma Bahlsen ausgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass die Beschäftigten der GPS ein so gutes Ergebnis erzielten, dass aus der ursprünglich geplanten Woche, ein 3 ½- monatiger Einsatz wurde. Auf diese Leistung waren die Mitarbeiter sehr stolz.

Ratsherr Schwärmer fragt an, ob die durch die GPS ausgeführten Arbeiten von der Stadt Varel zu bezahlen sind. Hierzu antwortet Frau Sander, dass selbstverständlich eine Entlohnung erfolgen muss. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Mitarbeiter der GPS eher auf unterem Lohnniveau arbeiten und insofern sehr günstig sind. In diesem Zusammenhang stellt sie jedoch klar, dass die GPS keinesfalls Arbeiten der Stadt Varel komplett übernehmen möchte bzw. in Konkurrenz mit der Stadt Varel oder ihren Beschäftigten treten möchte.

Bürgermeister Wagner hält es für positiv einen solchen Versuch einer Zusammenarbeit mit der GPS zu starten. Bei Kapazitätsengpässen oder bei hohem Arbeitsaufkommen könnten die Mitarbeiter der GPS einspringen. Zudem wäre es gut für das Image der Stadt Varel. Auch er hält es für wichtig, dass es keine Konkurrenzsituation gibt, sondern eine partnerschaftliche.

Frau Sander schlägt im Rahmen der Diskussion vor, dass die GPS auch den Verleih und die Unterhaltung von Weihnachtsmarkthütten als ersten Schritt durchführen könnte. Diese Idee wird vom Ausschuss positiv aufgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, weiter mit der GPS hinsichtlich erster Arbeitsschritte zu verhandeln. Es soll eine gemeinsame Besichtigung des Gartenamtes durch Stadt und GPS stattfinden. Möglichkeiten der Herrichtung von Räumen im Gartenamt sollen besprochen werden. Es sollte jedoch kurzfristig angefangen werden. Der Ausschuss möchte über das weitere Vorgehen informiert werden.

4.2 Antrag der Anlieger der von-Tungeln-Straße bezüglich des dortigen Baumbestandes - Ergebnis eines Gespräches mit den Anliegern

Mit Schreiben vom 29.3.2009 haben die Anlieger der von-Tungeln-Straße den Rückschnitt des Baumbewuchses beantragt. Bereits in der Bauausschusssitzung vom 11. Mai 2009 wurde der Antrag bekannt gegeben, und die Fraktionen gebeten, dieses Thema zu beraten.

Zwischenzeitlich wurde bei einem Ortstermin mit den Anliegern ein umsetzbares Ergebnis hinsichtlich des Baumbewuchses erzielt. Es wurde mit den Anliegern vereinbart, dass drei nicht mehr standsichere Bäume in der von-Tungeln-Straße gefällt werden. Als Ersatz hierfür wünschten die Anwohner die Pflanzung von kleinwüchsigen Linden. Des Weiteren soll ein Baumpflegeschnitt durchgeführt werden. Hierbei wurden die Anwohner daraufhin gewiesen, dass es keine Kronenkappung geben wird.

Da eine Einigung mit den Anliegern der von-Tungeln-Straße erzielt worden ist, wird es verwaltungsseitig nicht mehr für nötig gehalten, dass die Fraktionen über dieses Thema beraten. Der Ausschuss stimmt dieser Vorgehensweise zu.

4.3 Moorstraßen im Bereich Neudorf auf Erhalt der bituminösen Oberfläche - Antrag der Anlieger

Verwaltungsseitig wird die Unterschriftenliste gegen den Rückbau der Moorstraßen in Neudorf zu Schotterwegen bekannt gegeben.

Die Verwaltung führt aus, dass sie entsprechend dem Beschluss des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen- und Verkehr zunächst im Bereich der Plattebergstraße den heutigen Straßenbelag durch Schotter ersetzen will. Von dieser Vorgehensweise sollte man auch weiter nicht abrücken.

Nach Durchführung dieser Maßnahme sollte man die Erfahrungen, die gewonnen werden können auswerten. Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass durch den Einbau von Schotter keine Vorentscheidung hinsichtlich des zukünftigen Straßenbelages getroffen wird. Man verbaut sich keine Möglichkeiten. Auch in der Zukunft könnte wieder eine Tränkdecke aufgebracht werden.

Sollten jedoch gute Ergebnisse mit dem Einbau von Schotter erzielt werden, würde verwaltungsseitig die Umwandlung weiterer Wege vorgeschlagen werden.

Ratsherr Recksiedler weist darauf hin, dass Schotterstraßen sehr wartungsintensiv sind. Hierzu wird verwaltungsseitig ausgeführt, dass die Reparatur und kurzfristige Erneuerung von Asphaltstraßen einen erheblich größeren Kostenaufwand darstellt.

Ratsherr Hillebrand spricht sich dafür aus, den Versuch Plattebergstraße mit größter Vorsicht zu wagen. Er hält den Einbau von Schotter allerdings grundsätzlich nicht für anstrengenswert. Er bittet darum, die Anlieger dieses Bereiches vor Maßnahmebeginn schriftlich über den Versuch zu informieren und insbesondere daraufhin zuweisen, dass es sich hierbei um eine Versuchsstrecke handelt und dies nicht zwangsläufig eine endgültige Lösung sein muss.

4.4 Waldstück Dwokuhlenweg/Dreschenweg/Georg-Ruseler-Straße

Vor Beginn der Ausschusssitzung hat eine Besichtigung des Waldstückes Dwokuhlenweg / Dreschenweg / Georg-Ruseler-Straße stattgefunden. Dabei konnten die Ausschussmitglieder in Augenschein nehmen, dass die Verkehrssicherheit der Straßen in diesem Bereich durch das Todholz in den Bäumen beeinträchtigt ist.

Sofern keine andere Lösung mit dem Forst gefunden werden kann, möchte dieser die Bäume beseitigen.

Bei der Begehung und Besichtigung des Waldstückes hat sich jedoch ein Lösungsansatz abgezeichnet:

Die Georg-Ruseler-Straße könnte in Höhe der letzten Bebauung zu einer Sackgasse umgewandelt werden. Der Restteil würde dann an den Forst abgegeben werden. Hierdurch würde ein Forstweg entstehen, der geringere Verkehrssicherungspflichten auslöst. Des Weiteren könnte sich die Stadt Varel in einem erträglichen Maß an den Pflegearbeiten beteiligen. Denkbar wäre den Einsatz eines Hubsteigers für drei Tage zu übernehmen. Die Arbeiten würden vom Forstamt durchgeführt werden. Es wird in jedem Fall für wichtig gehalten, dass diese Maßnahmen im Vorfeld mit den

Anliegern besprochen werden. Zumal bei dem vorgestellten Lösungsansatz die Änderung des Bebauungsplanes und die Entwidmung von Straßen erforderlich sein könnte.

Der Ausschuss bittet die Verwaltung die weiteren Schritte zur Durchführung der Lösung vorzubereiten.

4.5 Streekmoorweg -Antrag der Anlieger auf verkehrsberuhigende Maßnahmen

Mit Schreiben vom 2.7.2009 weisen die Anlieger des Streekmoorweges (Jaderberger Seite) auf die unbefriedigende Verkehrssituation hin. Sie bitten um Maßnahmen zur Geschwindigkeitsminderung. Anlässlich eines Ortstermins wurde die Situation mit den Anliegern besprochen und Lösungsvorschläge diskutiert.

Die für schwächere Verkehrsteilnehmer sicherste Lösung, nämlich die Anlage eines Gehweges, wurde verworfen, da die Kosten im Rahmen der Erschließungsbeitragspflicht von den Anwohnern zu tragen wären. Das Aufstellen von „Pfortentoren“ (jeweils ein Pfosten neben der Fahrbahn in den Randstreifen) wäre zwar sehr kostengünstig, wird aber als behindernd für Fahrradfahrer gesehen, die bei Gegenverkehr von der Fahrbahn gedrängt werden und dann davor geraten.

Vorgeschlagen werden Bodenschwellen. Verwaltungsseitig wird darauf hingewiesen, dass diese nur im Siedlungsbereich zulässig sind. Daraufhin wird gewünscht, jeweils im Ein- und Ausfahrtsbereich des Siedlungsgebietes eine Bodenschwelle anzuordnen und dazwischen durch Fahrbahnmarkierung auf die 30-km/h – Höchstgeschwindigkeit hinzuweisen. Außerhalb wird vor Haus-Nr. 52 ein sog. „Pfortentor“ errichtet. Die Kosten belaufen sich auf rd. 2.000,00 €.

Von der Verwaltung wird dargestellt, dass die Polizeiinspektion Wilhelmshaven Friesland sich gegen den Einbau von Bodenschwellen ausspricht. Diese sind nicht zulässig. Auf Vorschlag von Herrn Langer wird die Verwaltung jedoch prüfen, ob in dem Bereich eine Tempo 30- Zone eingerichtet werden kann. Diese wäre Voraussetzung für die rechtliche Zulässigkeit von Hindernissen.

Der Ausschuss bittet darum, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen, bis geklärt ist ob die Einrichtung einer Tempo 30-Zone möglich ist.

4.6 Saphuser Straße

Verwaltungsseitig wird daraufhin gewiesen, dass sich die Anwohner der Saphuser Straße über die Belästigung durch Staub aufgrund durchfahrender Fahrzeuge beschwert haben. In Absprache mit den Anwohnern wurden kurzfristig Betonringe mit Bepflanzung zur Einengung der Fahrbahn aufgestellt. Erste Rückmeldung aus der Saphuser Straße zeigen, dass diese Maßnahme positive Auswirkung auf die Staubentwicklung hat.

Ausschussvorsitzender Ralle schlägt vor, sich diese Maßnahme vor Ort anzuschauen, um beurteilen zu können, ob diese Maßnahme in das Gestaltungsbild des Kurortes Dangast passt.

4.7 Antrag der Anwohner Blumenstraße - Erneuerung des Gehweges -

Verwaltungsseitig wird der Antrag der Anwohner der Blumenstraße auf Erneuerung des Gehweges bzw. der Blumenstraße in Büppel vom 17. August 2009 bekannt gegeben (siehe Anlage).

Der Gehweg entlang der Blumenstraße befindet sich in einem schlechten Zustand. Die Sanierung des Gehweges würde jedoch auch entsprechende Sanierungsarbeiten an der Entwässerungsanlage und der Fahrbahn nach sich ziehen, so dass ein Kostenvolumen von etwa 150.000,00 Euro entsteht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Maßnahme Sanierung Blumenstraße bereits mehrmalig zum Haushalt angemeldet wurde.

Der Ausschuss stimmt der Vorgehensweise zu, dass die Maßnahme wiederum zu den Haushaltsberatungen 2010 angemeldet wird.

4.8 Wolfstapper Weg

Bürgermeister Wagner stellt dem Ausschuss vor, dass ein Anlieger des Wolfstapper Weges bei ihm vorgesprochen hat und darum bat, den Wolfstapper Weg mit dem Schild „Anlieger frei“ zu versehen.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich aufgrund der Vorgeschichte der Verbindung Wolfstapper Weg dafür aus, diesen Bereich nicht mit einer Beschilderung zu versehen.

Zur Beglaubigung:

gez. Georg Ralle
(Vorsitzende/r)

gez. Matthias Blanke
(Protokollführer/in)